

21./X. 1918

24

Wien, 21. Oktober.

Präsident Wilson hat sich entschlossen, vor dem Eintreffen der deutschen Note auf unseren Waffenstillstands- und Friedensvorschlag zu antworten. Gestern nachmittags hat Reuters aus Washington das Schriftstück verbreitet, welches der Präsident Wilson an die österreichisch-ungarische Regierung gerichtet hat. In diesem Dokument geht Herr Wilson auf die eigentliche Frage, die Oesterreich-Ungarn an ihn gerichtet hat, nicht ein, denn er spricht nichts über Waffenstillstand und Frieden. Er begnügt sich damit, bekannt zu geben, daß er sich mit dem Vorschlag unserer Regierung nicht befassen könne, weil seit der Aufstellung seiner vierzehn Punkte vom Jänner 1918 gewisse Ereignisse von größter Bedeutung eingetreten seien, welche die Kompetenz und die Verantwortlichkeit der Vereinigten Staaten geändert haben. Als solche Ereignisse bezeichnet er die Anerkennung des Kriegszustandes zwischen den Tschecho-Slowaken und dem Deutschen und österreichisch-ungarischen Reich durch Amerika und die weitere Anerkennung der nationalen Freiheitsbestrebungen der Jugoslawen. Der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt daher, daß er die „Autonomie“ dieser Völker nicht mehr als Grundlage des Friedens anerkennen könne, sondern daß er gezwungen sei, darauf zu bestehen, daß diese Völker und nicht er darüber Richter sein sollen, welche Aktion der österreichisch-ungarischen Regierung die Bestrebungen dieser Nationen befriedigen wird.

Es ist erinnerlich, daß die Vereinigten Staaten den außerhalb Böhmens tagenden tschecho-slowakischen Nationalrat und die außerhalb Böhmens kämpfenden tschecho-slowakischen Legionen als kriegführende Macht anerkannt haben. Es handelt sich also hier um Splitter des tschechischen Volkes, welche in der Diaspora leben und doch unmöglich als die wahre Vertretung des tschechischen Volkes angesehen werden können. In der Tat hat ja auch in Prag vorgestern eine tschechische Nationalversammlung getagt, welche vom tschechischen Volk eingesetzt wurde und deren Beschlüsse in Widerspruch mit der Auffassung des Herrn Wilson zu stehen scheinen. In Prag hat der tschechische Nationalkonvent die absolute Unabhängigkeit des tschecho-slowakischen Staates erklärt, gleichzeitig aber auch seinen Willen kundgegeben, mit Wien über die Neuordnung seines Verhältnisses zu den übrigen Staaten der Monarchie nicht zu verhandeln, sondern darauf zu bestehen, daß die tschechische Frage internationalen Charakter besitze und daher auf der Friedenskonferenz entschieden werden müsse. Wenn also Herr Wilson sich der Einnischung in unsere inneren Angelegenheiten tödlich enthalten will und es uns überläßt, mit unseren Völkern die künftige Gestaltung der Monarchie zu regeln, so würde er sich auf einen Standpunkt stellen, den die österreichisch-ungarische Regierung immer eingenommen hat. Es ist allerdings schwierig, bei der nicht ganz klaren Ausdrucksweise, welcher dieser Note des Präsidenten Wilson, wie auch seinen früheren Kundgebungen eigentümlich ist, ein bestimmtes Urteil über seine Absichten zu fällen. Es wird daher notwendig sein, den Präsidenten Wilson neuerlich zu fragen, wie er sich zur Hauptfrage der

Herbeiführung des Waffenstillstandes und des Friedens stelle, und man wird nicht fehl gehen mit der Annahme, daß die jüngste Kundgebung des Herrn Wilson von uns bald beantwortet werden wird. Die Erklärung, welche Präsident Wilson am 18. Oktober veröffentlicht hat, läßt, wie gesagt, verschiedentliche Deutungen zu. Und sie ist jedenfalls kein Eingehen auf unseren Vorschlag. Wir werden also abwarten müssen, ob der Präsident der Vereinigten Staaten in weiteren Enunziationen deutlicher und präziser sich über seine wahren Absichten äußern wird.